

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 12

Original-Contingent.
Zugangspreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 23. März 1924

Geschäftsstelle: Berlin G. 2, Brühlstr. 89/11.
Fernruf: Merkur 6529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Der Aufruf zur Reichstagswahl.

Der Reichstag ist aufgelöst, am 4. Mai finden die Neuwahlen statt. Sein vorzeitiges Ende fand das Reichsparlament, weil die Regierung es ablehnte, den vielen Einsprüchen gegen die unter dem Zeichen des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen Gehör zu geben. Von rechts und links wurde gegen diese Verordnungen Sturm gelaufen. Der einen Seite waren sie nicht weitgehend genug, der anderen dünkten sie, mit allem Recht — als Ausgeburt krassester Scharfmachergeistes. Da die Regierung eine Zurücknahme der Verordnungen nicht wollte, auch keine Abänderung zulassen zu können glaubte, löste sie den Reichstag auf, um so der Beantwortung einer großen Zahl unangenehmer Anfragen und Kritiken aus dem Wege zu gehen.

Die Masse der Wähler soll entscheiden,

und man hofft sehr stark, daß die wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen der letzten Monate ihre Auswirkung im Wahlergebnis nach der Richtung hin zeigen werden, daß die Arbeiterparteien in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt werden. Der gesunde Menschenverstand sollte annehmen, daß dies ein gleich hoffnungsloses Beginnen sein müßte, nachdem die Arbeiterschaft den größten Teil der Wählermasse stellt. Der Unverstand der Masse aber, auf den die Spekulation so vieler eingestellt ist, die sich in den wenigen Wochen vor der Wahl als Arbeiterfreunde aufspielen, auch Indifferentismus, politische Betörung und andere Dinge zwingen leider einen großen Teil des Wählerheeres aus dem Arbeiterstande, ohne Rücksicht auf den eigenen Stand als Arbeiter oder als Arbeiterin, lockenden Versprechungen zu folgen und Parteien und Parteigruppierungen anzuhängen, deren Ziel nicht die Verbesserung, sondern

die reiflose Unterdrückung der Arbeiterinteressen

ist. Wir sind überzeugt, man wird nur zu bald erkennen, wie sehr man auf die Leimruten gewiegter Gimpelsänger getrocknet ist. Noch nie war die deutsche Arbeiterschaft in sich so zerrissen wie heute, noch nie hat sie mit so vielen und zu allem entschlossenen Gegnern zu rechnen wie diesmal, mit Gegnern, die mit schärfster und brutalster Rücksichtslosigkeit sich zu rächen gesonnen sind für alles das, was die Arbeiterschaft in den letzten Jahren — sei es auch nur vorübergehend — sich an Vorteilen errungen hatte. Noch nie ist darum der Wahlkampf mit so viel Erbitterung und Leidenschaftlichkeit geführt worden, als er diesmal geführt werden wird.

Für den denkenden Arbeiter und für die denkende Arbeiterin sollte es leicht sein, sich zu entscheiden. Kein Wähler aus dem Arbeiterstande kann seine Stimme einer Partei geben, die nicht als ausgesprochene Arbeiterpartei, als Interessenvertretung des Proletariats, anerkannt ist. Freilich ist auch hier Vorsicht am Platze. Weit rechts stehende Politiker sind drauf und dran, durch irreführende Namensgebung ihrer Parteirichtung einen Fischzug auch im Arbeiterlager zu machen,

Renegaten aus den Arbeiterkreisen gründen neue Parteien mit hoch klingendem Namen

in der stillen Erwartung, noch mehr Zerrissenheit in die Arbeiterklasse zu tragen, sich selbst aber aus dem über sie verhängten Boykott hinaus und in das Parlament hineinzuarbeiten. Wirkliche, schärfste Feindschaft gegenüber den Bestrebungen der Arbeiterschaft, gepaart mit überspanntem Ehrgeiz, systematisches Anbieten an bestimmte Arbeiterkreise in Verbindung mit bewußter Herabwürdigung und Verächtlichmachung segensreicher Einrichtungen der Arbeiterklasse, finden sich zusammen, um unter dem verklärten Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit die notwendige Kraft des Proletariats zu zerstückeln. Widerwärtig wird der Kampf sein, der zu führen ist, doch er muß durchgeführt werden. Kein Kollege, keine Kollegin lasse sich durch hochtrabende Worte betören. Jeder einzelne wird wissen, wohin er gehört und wird darum das anhebende Röhlen um die Gunst der Arbeiterschaft richtig zu würdigen wissen.

Doch nicht ruhig und gelassen soll man all die schönen Reden, die jetzt gehalten werden, über sich ergehen lassen. Man soll und muß selbständig denken und zu entscheiden versuchen, was sich hinter schönen Redensarten verbirgt. Man soll aber auch aktiv teilnehmen am einsetzenden Wahlkampf. Jeder, jede hat die Eignung in sich, ein Agitator zu sein, sei es im kleinen Kreis, am Werkisch, sei es im Hause oder sei es in Versammlungen oder sonstwo. Nie war der Kampf um die Stimme des einzelnen schärfer, als er diesmal werden wird, darum hat auch der einzelne die Pflicht, praktisch und positiv teilzunehmen an diesem Kampfe. Wir brauchen die Kämpfer, jeden einzelnen, und wer sich abseits stellt, schädigt nicht nur seine Gesinnungsgenossen, sondern in erster Linie auch sich selbst.

Darum, ihr Kollegen und Kolleginnen, nicht stumm und zaghaft beiseite stehen im bevorstehenden Wahlkampf, sondern aktiv teilgenommen an ihm. Das ist, was uns not, bitter not tut, wenn nicht der krasseste Scharfmachergeist und dessen Helfershelfer unter der Maske der Arbeiterfreundschaft auch das Fell über die Ohren ziehen soll. Deshalb aktive Beteiligung am Wahlkampf unter der Parole:

Für die Interessen der Arbeiterschaft — gegen die Scharfmacher aller Schattierungen.

Gewerkschaften und Sozialpolitik,

III.

Wenn die Erkenntnis der sozialen Voraussetzungen und der sozialen Funktionen der Wirtschaft sich Bahn bräche bei den führenden Köpfen der Industrie, so wäre aber nicht nur der Produktion gedient, sondern zugleich die gesunde psychologische und finanzielle Grundlage für eine umfassende Sozialpolitik geschaffen. Sie wird stets ein Kampfbild wirtschaftlicher Interessen bleiben, solange die Unternehmer über der geschäftlichen und technischen Seite den Sinn der Produktion für die Gemeinschaft vergessen, und sie kann erst etwas leisten, wenn die Wirtschaft nicht mehr starr und die Finanzen des Staates gesund sind.

Bezeichnenderweise geht die Arbeitszeitverordnung einer Reihe von Arbeitgebern nicht weit genug. Sie wollten die tatsächliche Beseitigung des Achtstundentages, nicht nur seine Durchsicherung. Vor allem aber wollten sie die Beseitigung des Tarifvertrages. Auch das ist ein Versuch, die Vereinbarung vom 15. November 1918 wieder rückgängig zu machen, in der die Gewerkschaften „als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt“ werden und die Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen mit den Gewerkschaften zur Regel erhoben wird. Ein Zeichen, wie sehr dieser Vertrag, der zuerst die Grundlinien des modernen deutschen Arbeitsrechts zog, der reaktionären Gruppe eine lästige Fessel ist. Der Tarifvertrag ein Hindernis der Arbeitsleistung! Der Tarifvertrag ein Hemmnis der Produktionsvermehrung! Der Tarifvertrag die neueste Wurzel alles Übels! Der Tarifvertrag ist ein Symbol der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern; in diesen wiederkehrenden freien Vereinbarungen der Berufsvereine der beiden Produzenten-Gruppen kommt zum sichtbarsten Ausdruck, daß die Zeiten vorbei sind, in denen der Unternehmer im Betriebe allein zu bestimmen hatte. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben wie in der Wirtschaft ist in entscheidendem Sinne schon eine Beschränkung des Eigentumsrechtes, und enthält die Anläge einer neuen Auffassung vom Besitz der Produktionsmittel: Ihr Besitz verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Die überlebte Zeit wird und muß Vergangenheit bleiben. Das alte Herrenrecht wird auch nicht in der Form von Wertverträgen wieder aufleben. Die Gewerkschaften sind einmütig entschlossen, keinen Zoll des gewonnenen Bodens aufzugeben. Und natürlich ist die Rückkehr zum freien Arbeitsvertrag überhaupt nicht diskutierbar. Erfreulicherweise sind so scharfmacherische Anschauungen, wie sie in dieser Hinsicht von Guggenheimer vertreten worden sind, nicht typisch für alle Unternehmer. Ein Teil von ihnen, hauptsächlich der überwiegende Teil, hält an dem Gedanken fest, daß die Arbeitsverhältnisse durch die von den beiderseitigen Organisationen abgeschlossenen Kollektivverträge geregelt werden müssen. Dabei bleiben die Gewerkschaften bei dem Prinzip, daß Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt werden können, wenn die vertragsstiftenden Parteien in dem betreffenden Wirtschaftszweig überwiegende Bedeutung haben.

Die Gewerkschaften sind von jeher Gegner der Zwangsschiedsgerichte gewesen. Schon vor dem Kriege haben sie das australische Vorbild für sich abgelehnt. Sie müßten — und darin stimmen sie mit einem Teile der Arbeitgeber überein — das tarifvertragliche Schlichtungswesen auszubauen. Ein behördliches Eingreifen soll möglichst auf wenige Fälle beschränkt werden; vor allem soll es nicht von

Kants wegen, sondern nur auf Antrag einer Partei erfolgen. Eine staatliche Verbindlichkeitsklärung muß besonders wichtigen Fällen vorbehalten bleiben. Vor allem ist es auch nach Ansicht der Gewerkschaften nicht angebracht, daß Entscheidungen von solcher Tragweite einer einzelnen Persönlichkeit überwiesen werden. Die Notverordnung über das Schlichtungswesen gibt den Schlichtern diese weitreichende Befugnis. Die Instanz, die rechtsverbindliche Schlichtungssprüche zu fällen hat, muß aber durch ihre Zusammenfassung eine Gewähr für Gerechtigkeit bieten und darf keiner Partei die Freiheit der Entschlebung allzu sehr beschneiden. In ihr müssen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sein; der oder die unparteiischen Vorsitzenden müssen das Vertrauen sowohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber besitzen; endlich, die Rechtsverbindlichkeit eines Schlichtungspruchs darf nur mit qualifizierter Mehrheit ausgesprochen werden.

Jede Art Erwerbslosenfürsorge laboriert nur an den Symptomen der Wirtschaftskrise; es kommt aber letzten Endes auf die Beseitigung ihrer Ursachen an. Eine wesentliche Ursache, aber mindestens ein außerordentlich verschlimmerndes Moment ist durch die Stabilisierung der Währung beseitigt. Man hat mit ihr, entgegen dem Drängen der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Linken viel zu lange gewartet, obwohl es gerade bei unserer außenpolitischen Abhängigkeit von Faktoren, die sich unserer Einwirkung entziehen, in diesem wie auf anderen Gebieten auf die eigene Initiative ankommt. Die Initiative der Unternehmer, so ermahnten wir schon, hat jetzt reichlich Gelegenheit, sich an technischen und organisatorischen Verbesserungen zu erproben. Sie können der Wüchse der Männer in den Werkstätten wie der Gewerkschaften sicher sein, wenn sie die Pflicht zur Ermäßigung der Produktionskosten nicht zum Privileg der Arbeiter machen.

Es ist besser, daß wir uns in Deutschland in unseren wirtschaftlichen Handeln so einrichten, als ob die Hilfe nur von uns selbst kommen könne. Es wäre längst nötig gewesen. Dann wird uns auch das Ausland zu Hilfe kommen.

Solange die Wirtschaftskrise nicht überwunden ist, bleibt die große nationale Verpflichtung, für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter zu sorgen. Die Gewerkschaften waren und sind gegen eine Kürzung der Erwerbslosenunterstützung. Die Gewerkschaften sind sich der Finanznot des Reiches wie der Länder wohl bewußt, aber sie darf nicht dazu führen, Millionen Menschen zur düstern Prüfung ihres Lebens zu verurteilen. An Vorschlägen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, fehlt es nicht. Der springende Punkt ist die Finanzierung. Es handelt sich diesmal um Arbeiten, die auf Jahre berechnet sind und nicht unmittelbar produktiv werden. Es ist von den Gewerkschaften schon darauf hingewiesen worden, wie große Flächen der deutschen Landwirtschaft durch eine groß angelegte Kultivierung der Obfelderereien erschlossen werden könnten. In diesem Zusammenhang auf die verschiedenen Vorschläge einzugehen, erübrigt sich. Es kommt jetzt nicht auf das Aussehen ganzer Garnituren von Plänen an, sondern darauf, daß private und öffentliche Arbeitgeber sich der ihnen obliegenden Verantwortung inne werden, in ihrem Bereich jede Möglichkeit ins Auge zu fassen, alle Arbeitsgelegenheit wieder zu eröffnen, Absatz und Kaufkraft durch möglichst billige Preisstellung zu fördern und die Interessen der Produktion nicht kurzfristigen Tagesgeschäftsinteressen unterzuordnen.

Entscheidungen zu unseren Reichstaxisverträgen.

Der Reichstaxis für das Deutsche Buchbindergewerbe („Apt“-Vertrag) ist von der Verbandsleitung zum 30. Juni 1924 gekündigt worden. Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages sollen in den Tagen ab 12. Juni in Weimar stattfinden.

Auch der Reichstaxis, der mit dem Verband Deutscher Buchbindermeister abgeschlossen war, ist in diesen Tagen von uns zum 30. Juni 1924 gekündigt worden. Ebenso ist die Kündigung des Reichstaxisvertrages, der mit dieser Unternehmergruppe abgeschlossen war, auf dem gleichen Termin erfolgt.

Der Reichstaxis für die Eis- und Kartonnagen-Industrie

Ist dem Zentralverband Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten von uns bis zum 30. April 1924 verlängert worden, weil sich Verhandlungen über einen Neuabschluß nicht schon im März ermöglichen lassen.

Den Eis-Fabrikanten gegenüber haben wir die Verlängerung bis zum 30. April 1924 ablehnen müssen, weil die seit langem bestehenden Unstimmigkeiten im Lohnvertrag eine solche Verlängerung nicht zulassen. Wenn bis zum 31. März mit dieser Unternehmergruppe ein Neuabschluß nicht zustande kommen sollte, wird für diesen Zweig unserer Industrie ab 31. März ein vertragsloser Zustand eintreten. Damit würde mit diesem Termin auch das Feinerzeit durch den Schiedspruch zustande gekommene Arbeitszeitabkommen seine Erledigung finden.

Der Arbeitsmarkt im Februar.

Nach den fast restlos eingegangenen Berichten unserer 208 Verwaltungsstellen hat sich die Lage des Arbeitsmarktes seit dem Vormonat ganz erheblich gebessert. Während wir Ende Januar noch 28 Proz. Arbeitslose und 31 Proz. Kurzarbeiter zählten, ist sie jetzt bereits auf 19,4 bzw. 16,5 Proz. gefallen; so daß nur noch rund ein Drittel unserer Mitglieder von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen wurde gegenüber 58 Proz. im Vormonat. Zahlenmäßig wurden 3220 männliche und 8880 weibliche Arbeitslose, sowie 3500 bzw. 6800 Kurzarbeiter festgestellt. Die Zahl der Arbeitslosen ist somit gegen den Vormonat sowohl bei den weiblichen wie bei den männlichen um je ein Drittel gefallen, während die Kurzarbeiterziffer sogar auf nahezu die Hälfte gesunken ist.

Insgesamt waren Arbeitslose und Kurzarbeiter vorhanden 6720 = 33,2 Proz. männliche und 15680 = 37,5 Proz. weibliche, insgesamt 35,8 Proz., so daß wir rund zwei Drittel vollbeschäftigte Mitglieder zählten. Im Vormonat war das Verhältnis umgekehrt. Die Zahl der Mitglieder hat sich mit 62500 auf der ungefähren Höhe des Vormonats erhalten.

An der restlosen Versicherstellung fehlten folgende sieben Jahrestellen mit zusammen 1200 Mitgliedern: Torgau, Krefeld, Bielefeld, Dortmund, Neustadt a. d. H., Gera und Kirchheim.

Die Entwicklung der Produktionsorganisation.

W. K. Der Krieg brachte uns einen hohen Grad der Organisierung der Produktion. So wenig auch die staatliche Zwangswirtschaft während des Krieges als Kriegsozialismus bezeichnet werden konnte, wie so viele meinen, die Tatsache, daß im Krieg eine weitgehende Regelung der Produktion stattfand, bleibt dennoch bestehen. Nach dem Krieg erfolgte allerorten der Abbau der Zwangswirtschaft, der niemand eine Träne nachweinte. Die Kapitalisten wollten die staatlichen Fesseln loswerden, das Proletariat aber sah in der Kriegswirtschaft mit Recht nichts anderes als ein vom Staat gefördertes Ausbeutungssystem, das den Kapitalisten mühelos riesige Profite aufzanzte. Es hatte den Anschein, als ob wir nach dem Krieg wieder zum System der freien Wirtschaft, wo das freie Spiel der Kräfte den Ausschlag gibt, zurückkehrten.

Wenn wir die Nachkriegsentwicklung der Wirtschaft in den verschiedenen Ländern und auf den verschiedenen Gebieten ins Auge fassen, dann werden wir feststellen müssen, daß das an die Stelle der Kriegswirtschaft getretene Wirtschaftssystem nicht weniger Bindungen aufweist als die Zwangswirtschaft während des Krieges. Das freie Spiel der Wirtschaftskräfte wird an den verschiedensten Stellen unterbunden. Diese Entwicklung ist nicht so leicht zu überblicken, wie die Regelung der Kriegswirtschaft, die überall von der Zentralgewalt, vom Staat ausgeht, sie springt vielleicht nicht so scharf ins Auge, ihre Bedeutung ist aber nicht geringer, ja sie ist viel größer als die während des Krieges erfolgte Organisierung der Produktion.

Die durch den Krieg hervorgerufene übermäßige Entwicklung der Schwerindustrie führte zu organisatorischen Veränderungen. Die Arbeitszeitverkürzung nach dem Krieg mußte ebenfalls in diese Richtung drängen. Hierzu kam das Sinken des Goldwertes, das zur Senkung des allgemeinen Preisniveaus führte, wofür ebenfalls ein Ausgleich gefunden werden mußte. Die

Krise der Produktion einzelner Rohstoffe und Lebensmittel gab zu wichtigen Produktionsregelungen Anlaß. Die allgemeine Agrarkrise, das heißt der niedrige Preis der Agrarprodukte im Verhältnis zu den Industrieerzeugnissen führte zu neuen Einrichtungen, welche unter allen neuzeitlichen Organisationen vielleicht am bedeutendsten sind. Die allgemeine Wirtschaftskrise hat die Bestrebungen zur Ausgleichung der regen und stauen Wirtschaftskrisenperioden entstehen lassen, welche, wenn auch noch im Anfangsstadium, auf eine Regelung der Produktion hinweisen. Die Vertiefung der Handelsbilanzen der verschiedenen Staaten führte zu einer Ein- und Ausfuhrkontrolle, die auf die Gestaltung der Produktion in den betreffenden Ländern viel einschneidender zurückwirken mußte, als dies durch die Handelspolitik der Vorkriegszeit möglich war. Das staatliche Monopol des Außenhandels in Rußland stellt den kräftigsten Eingriff in den Außenhandel dar. Richtsdestoweniger bedeuten die Maßnahmen in den anderen Ländern nachhaltige Auswirkungen auf die Ein- und Ausfuhr und dadurch auf die Produktion. Die politischen Umwälzungen führten ebenfalls zur Regelung der Produktion, wie dies für Rußland in größtem Maß der Fall war. Die Sozialisierungsbestrebungen in den anderen Staaten konnten zwar nirgends einen Erfolg haben, trotzdem können sie nicht als ganz ergebnislos bezeichnet werden; sie haben ihre Spuren hinterlassen und für die — vielleicht nahe — Zukunft die Wege vorgezeichnet. Es soll in diesem Zusammenhang noch die Inflation erwähnt werden. In den Inflationsländern entsprang die Neuorganisierung der Produktion nicht aus einer Krise, sondern aus einer ungesunden Konjunktur, welche einzelnen kühnen und rücksichtslosen Unternehmern gewaltige Mittel in den Schoß warf, die, von diesen zu ihrer Machterweiterung benützt, gleichzeitig eine Neuorganisierung der Produktion hervorriefen. Hierzu führte auch im allgemeinen — und nicht nur in den Inflationsländern — die Entwicklung, daß sich das Kapital in immer weniger Händen konzentrierte. Die großen Massen wurden zugunsten der wenigen überall enteignet. Das zum Monopolkapital verdichtete Großkapital wurde aber aus Gründen, die oben bereits angebeutet wurden, zur Regelung der Produktion, zu deren Einschränkung bzw. Ausweitung gebrängt.

Das Vordringen des Monopolkapitals nach dem Krieg und seine Rolle für die Organisierung der Produktion ist zwar die wichtigste Tatsache der neuen Entwicklung, trotzdem braucht sie uns hier nicht näher zu beschäftigen, da diese Erscheinung bekannt und in mannigfaltigen wirtschaftlichen Betrachtungen genügend gewürdigt worden ist. Für die gewaltige Vertiefung in Deutschland nach dem Krieg ist auf das jüngst erschienene Buch des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu verweisen. Der Franzose Francis Delais hat uns den gewaltigen Vertiefungsprozeß der französischen Schwerindustrie nach dem Krieg anschaulich vor Augen geführt. Die englische Industrie, in welcher das Monopolkapital vor dem Krieg nicht vorherrschte, ist gegenwärtig keineswegs weniger vertieft als die Deutschlands, Frankreichs oder der Vereinigten Staaten. In den letzteren hat sich der Vertiefungsprozeß, mit Ausnahme der Automobilindustrie, geradezu vollendet. In den skandinavischen Staaten wurde derselbe Prozeß in den letzten Jahren vollzogen. Das wichtigste Gebiet kapitalistischer Betätigung nach dem Krieg, die Ausbeutung von Ölquellen, wurde vor allem monopolkapitalistisch ausgestaltet. Es genügt auch ein Hinweis darauf, daß das Monopolkapital in der Lage ist, die Produktion weitgehend zu beeinflussen und zu regeln, sie einzufrieren oder auszudehnen, und daß es von dieser seiner Macht einen ausgiebigen Gebrauch macht. Je mehr die Vertiefung in der Richtung einer vertikalen Konzentration erfolgte, um so mehr kann das Monopolkapital eine produktionsregelnde Tätigkeit entfalten.

Aber auch die Staaten greifen viel mehr als früher in die Produktion ein. Für die Vereinigten Staaten hat der Staatssekretär Hoover den Beginn einer neuen Wirtschaftspolitik angekündigt. Die Verteilung von staatlichen Bestellungen soll möglichst für die stauen Wirtschaftskrisenperioden ausgespart werden, ebenso die Bestellungen seitens der Eisenbahnen. Die vom Staat gewährten Exportkredite dienen ebenso der Belebung der Produktion wie die Kredite an das Ausland, welche unter der Bedingung des Waren-

bezuges vom Geldgeberland gewährt werden. All dies wird gegenwärtig in einem viel größeren Maßstab gelbt als bisher. Durch diese Maßnahmen wird aber die Produktion in mehr als einer Richtung geregelt, insbesondere die Verstrufung gefördert.

Was ist der Sinn dieser Entwicklung? Wohin führt dieser Weg? Die Wortführer des Kapitalismus werden sicher behaupten, daß die Organisierung der Produktion innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eine Bervollkommnung und dadurch die Bervolligung des kapitalistischen Systems bedeute. Ist diese Behauptung wahr, oder kann vielmehr das Gegenteil behauptet werden, daß nämlich die hier skizzierte Entwicklung notwendigerweise zur Verfestigung der Produktion, zum Sozialismus führt? An sich sind beide Möglichkeiten offen. Sicher ist aber, daß die hier geschilderte Entwicklung den Weg zum Sozialismus nicht abbaut, im Gegenteil auf dem Weg zu ihm liegt und zum Sozialismus führen kann. Dazu gehört aber der Wille und die bewußte Arbeit der Klasse, die das kapitalistische Wirtschaftssystem abschaffen und an seine Stelle das sozialistische setzen will.

Kommunistische Methoden zu den Betriebsratswahlen.

Die Betriebsratswahlen, die jetzt überall stattfinden, stehen gleichfalls im Zeichen der erregtesten Leidenschaften. Es ist — bildlich gesprochen — ein Kampf bis aufs Messer, den vor allem die Anhänger der kommunistischen Zellentheoretiker gegenüber den anders orientierten Arbeitsgenossen und -genossinnen führen. Der Kampf um die Macht im Betriebe hat zum Teil Formen angenommen, die im Interesse eines gedeihlichen Arbeitens für die Allgemeinheit der Betriebsangehörigen zu bebauern sind. Leider werden von den so Angefeindeten vielfach falsche Wege eingeschlagen. Es ist menschlich durchaus verständlich, daß man sich nicht gern und nicht ohne Not Angriffen aussetzt, die selbst ein nach dieser Richtung hin weites Gewissen nicht gerade als anständig ansprechen kann.

Dennoch ist es natürlich grundfalsch, der anderen Seite kampfflos das Feld zu überlassen. Jeder gute Gewerkschafter — und das muß jeder sein, der mit klaren Augen und mit denkendem Hirn alle Gescheltnisse prüft — ist es sich und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen schuldig, daß er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die von ihm als richtig anerkannte Idee einsetzt und den mit Schlagworten so überreich versehenen Agitationsmethoden der kommunistischen Zellenbauer entgegentritt. Das ist um so notwendiger, als von diesen hunderte Mal klar ausgesprochen worden ist, daß der einzige Feind, den sie kennen, unsere Gewerkschaften sind, die mit allen Mitteln, aber auch mit allen, zu bekämpfen seien. Das ist die Phrase, die ihnen von ihren „Führern“ tagaus, tagein, vorgebetet wird solange, bis sie selbst von der Richtigkeit überzeugt sind, obwohl sie innerlich die Höheit solcher Schlagworte schon erkennen. Die bessere Einsicht hilft ihnen nichts, sie haben dem Diktat zu folgen. Daß es jämmerlich ist, die Richtlinien für das eigene Handeln nicht aus den eigenen Erfahrungen zu entnehmen, sondern diese sich vorschreiben zu lassen von solchen Personen, die außerhalb der Bewegung stehen und die Bewegung aus eigener Erfahrung gar nicht kennen, das kümmert sie nicht. Der politische Fanatismus beherrscht sie so völlig, daß sie blind und taub werden gegen die Realitäten des täglichen Lebens. Wozu auch mit diesen rechnen; würden sie es tun, dann müßten sie bald die Haltlosigkeit so vieler Glaubenssätze, die ihnen täglich von ihren „Führern“ eingebaut werden, erkennen. Um das zu verhindern, wird ihnen all ihr Tun und Handeln vorgeschrieben. Selbständig denken brauchen sie nicht, das befohlen ihre „Führer“ für sie.

So auch bei den Betriebsratswahlen. Die Richtlinien, die das Direktorium der K. P. D. zur Betriebsratswahl herausgegeben hat, zeigen das in vollster Schönheit. Darin wird gesagt, daß die diesjährigen Betriebsratswahlen ebenso wichtig seien wie die Reichstagswahl und daß es darauf ankomme, „in den Betrieben die Sozialdemokraten entscheidend zu schlagen“. Unter Sozialdemokraten sind natürlich diejenigen zu verstehen, die in Treue fest an ihrer gewerkschaftlichen Organisation halten. Daß aber der Kampf gegen diese so klar und prägnant mit den zitierten Worten an die erste Stelle gesetzt

wird, zeigt ihren Haß gegen diese im hellsten Lichte. Den Deutschpöhlischen stellt man sich verfühlicher gegenüber, denn deren steigender Einfluß soll nur gebrochen werden. Diese Haltung ist natürlich allen denen nichts neues, die da wissen, in welcher Art die prominenten Vertreter der K. P. D. die Führer der Deutschpöhlischen umschmeicheln. Die deutschpöhlische Bewegung ist bekanntlich den Leuten vom Schlosse einer Ruth Fischer und ihrer Umgebung ein viel geeigneteres Objekt zur Entfaltung einer gewissen Sympathie als die Angehörigen der eigenen Klasse.

Nach den Richtlinien des genannten Direktoriums sollen neben anderen die Betriebsratswahlen ausgeüht werden zur Umstellung der K. P. D. in den Betrieben auf Betriebszellen und auf ein Funktionieren dieser Betriebszellen und der ganzen Betriebsarbeit. Um das zu erreichen wird vorgeschrieben: „Keinerlei Kompromisse mit keinerlei Sozialdemokraten.“ Wie es zu halten ist mit anderen Gruppen, wird nicht gesagt, man will es anscheinend mit diesen nicht verderben. Man begnügt sich mit der Phrase: „Schärfster ideologischer Kampf gegen alle übrigen Parteien.“ Daß auch „beitragspendende“ Arbeitsgenossen für würdig befunden werden, die Interessen der Belegschaften zu vertreten, zeigt die Anweisung, nach der auch „ausgeschlossene und sonstige revolutionäre Genossen“ auf die kommunistische Liste gesetzt werden können, „wenn sie nur geeignet sind, die kommunistische Partei im Betriebsrat voranzutreiben.“ Es zeigt sich hier also, daß nicht die Vertretung der Interessen der Belegschaft dem kommunistischen Betriebsrat als Aufgabe vorschwebt, sondern die Vertretung der Interessen der kommunistischen Partei.

Wer nun geglaubt hatte, daß wenigstens die Aufstellung der Kandidaten für die Betriebsräte Sache und Angelegenheit der Belegschaften selber sei, der hat sich sehr geirrt. Die Richtlinien dieses Direktoriums der K. P. D. schreiben vor, daß „selbstverständlich die kommunistischen Betriebszellen vor der Betriebsversammlung (die die Kandidaten aufstellen soll) die Frage der Aufstellung der Kandidaten genau durchzudiskutieren haben, aber man muß die Zellen von vornherein daran gewöhnen, auch diese Fragen nicht selbständig, sondern in Verbindung mit der (kommunistischen) Bezirksleitung zu lösen“. Das einzelne kommunistisch eingestellte Mitglied der Belegschaft hat also nach dem Willen des „Direktoriums“ überhaupt nichts zu sagen, es wird lediglich als Stimmgiebel von den Machern gewertet.

Das beste aber leistete sich die K. P.-Zeitung mit folgender Vorschrift: „Jede Bezirksleitung muß die Kandidatur genau durchprüfen, damit nicht die sogenannten „guten“ Gewerkschafter aufgestellt werden, die uns oft schwer kompromittieren, sondern gute Kommunisten, auch wenn sie ungeschickte Gewerkschafter sind. Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein und das ist für uns zehnfach wichtiger, als gewerkschaftliche Geschicklichkeit“. Hier wird offen ausgesprochen, was sonst von den „Führern“ der K. P. D. immer bestritten und was mancher Anhänger der kommunistischen Lehre nicht begreifen wird, daß nämlich jeder Chef, der beruflich und gewerkschaftlich gesehen, der größte Dummkopf sein kann, viel geeigneter ist als Betriebsrat zu fungieren, als ein Mensch mit guten Kenntnissen in den einschlägigen Dingen, auch dann, wenn der letztere ebenfalls Anhänger der kommunistischen Idee sein sollte. Man braucht eben in den Betriebsräten nicht Leute mit Kenntnissen und Selbständigkeit, mit Verantwortungsgefühl und dem Willen, der Belegschaft zu dienen, sondern man braucht Leute, die stets und unter allen Umständen dem Diktat folgen, das betriebsfremde Personen auszuweisen geneigt sind. Rücksichten auf die Interessen der Belegschaft gibt es nicht, kommunistische Betriebsratsmitglieder sind nicht Interessensvertreter der Arbeiterschaft des Betriebes, sondern nach den Richtlinien des Direktoriums der K. P. D. die Polizeibüchse der kommunistischen Partei, die die Ausführung der — auch der unsinnigsten — Parteiparolen zu überwachen haben. So werden die Rechte der Arbeiterschaft vertreten zum Gaudium der Unternehmer, und es wird verständlich, warum in so vielen Fällen die Preisgabe vertriebler Rechte der Arbeiterschaft gerade durch überadiktive Betriebsratsmitglieder erfolgt ist, warum z. B. vorzeitig und höchst

unnötigerweise die Verlängerung der Arbeitszeit zugestanden wurde in einer ganzen Reihe von Betrieben auch unseres Berufs, in denen die Anhänger der K. P. D. als Betriebsratsmitglieder fungierten.

Diese Streiftlichter zeigen, daß jeder Kollege und jede Kollegin, die in ihrem Betriebsrat tatsächlich ein Instrument zur Bervolligung ihrer Lage sehen, eine betriebliche Interessenvertretung, es weit von sich weisen müssen, die kommunistischen Listen zu wählen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes.

Kommunistische „Betriebszellenpolitik“ auch in Frankreich.

(GB.) Da sich das zu Tode gepeinigete Versuchsanliegen der Einheitsfront nicht mehr recht zu Diskussionen und Studien eignet, hat man in Moskau eine neue Sache erfunden. Diesmal handelt es sich um die Bildung von kommunistischen Zellen, und zwar nicht wie früher in den Organisationen, sondern in den einzelnen Betrieben. Die erste Gastvorstellung wurde in Deutschland gegeben. Die Moskauer Equilibristen mit Sinowjew an der Spitze überstuteten die Presse in Deutschland mit Artikeln und Abhandlungen über diese „Betriebszellen“. Der Ausdruck eignet sich wunderbar für biologische und „allgemein-naturwissenschaftliche“ Vergleiche und Ekturfe. Mit einem Worte, die Welt und die Redakteure der kommunistischen Propaganda-Organe sind wieder einmal gerettet.

In Frankreich „läuft“ fast überall noch das alte Programm der Einheitsfront. In allerneuester Zeit bemerkt man nun aber auch dort die ersten Vorzeichen der neuen Religion, die sich unter den geheimnisvollsten Begleitumständen offenbart. Die Metallarbeiter im Seinegebiet bei Paris werden in einem natürlich von der kommunistischen Partei ausgehenden Flugblatt aufgefordert, Fabrikräte zu bilden und Delegierte für einen demnächst abzuhaltenden Kongress zu ernennen, der die Taktik zur Bervolligung der Lebenslage der Arbeiter usw. festlegen soll.

Entgegen allen bis jetzt üblichen Formen, ist der Aufruf nicht von Arbeiterführern oder Führern überhaupt unterzeichnet — wahrscheinlich gibt man sich über die Zugkraft der zur Verfügung stehenden Namen keinen Aufschluß mehr hin — sondern einfach von der „Kommunistischen Zelle“. Ohne Zweifel wird dieses mysteriöse Kollegium bald in ganz Frankreich „umgehen“ und wenn vielleicht die Kommunisten eine Zusammenarbeit mit den Spiritisten anstreben, werden sich die Geister sogar „materialisieren“ lassen.

Wachsender Einfluß der Gewerkschaften in Großbritannien.

(GB.) Der Britische Ministerpräsident empfing kürzlich eine Abordnung der 112 im britischen Unterhaus sitzenden Gewerkschafter. Der Leiter der Deputation, Ben Tillet, machte Macdonald auf die Wichtigkeit der Konstitution der Gewerkschaften in allen jenen Fällen aufmerksam, in denen ihre reichen Erfahrungen von Nutzen sein können. Dies könne geschehen, ohne daß damit die Autorität der einzelnen Behörden verletzt würde. Macdonald antwortete, daß diese Forderungen in Erwägung gezogen und Beratungen zwischen der Regierung und den Departementsleitungen herbeigeführt werden sollen, um festzustellen, ob sich ein Modus finden läßt, der gestattet, die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Gruppen des Unterhauses bei der Schaffung industrieller Gesetze zu verwenden. — So in England. In Deutschland pfeift man auf den Rat der Gewerkschaften.

Ein neuer Gewaltstreik gegen die italienischen Gewerkschaften.

(GB.) In keinem Lande haben die Gewerkschaften so zu leiden wie in Italien. Die Verhältnisse, die angesichts der offiziellen Reaktion der Regierung und — was vielleicht noch mehr ins Gewicht fällt — der illegalen Umtriebe der Faschisten und der vom Staat und den Unternehmern unterstützten faschistischen Gewerkschaften immer äußerlich schlecht waren, sind durch die Kampagne für die demnächst

staltfindenden Wahlen noch wesentlich verschärft worden.

Die gewalttätigsten und rücksichtslosesten Elemente mobilisieren ihre letzten Reserven. Die Regierung gibt den Ton an, indem sie jetzt das bereits im September 1923 vom Ministerrat gutgeheißene Dekret gegen die Arbeiterorganisationen veröffentlicht, wodurch es in Kraft tritt. Da seit der Behandlung im Ministerrat Monate verstrichen sind, muß man annehmen, daß man mit der Intraffizierung dieses Knebelungsgesetzes vorwiegend bis zu dem Zeitpunkt gewartet hat, wo man hoffte, sich seiner zur Erklärung des letzten Restes von Meinungsfreiheit mit Erfolg bedienen zu können, d. h. bis zum Zeitpunkt der Wahlen. Trotzdem die Regierung genau weiß, daß sich die Gewerkschaften immer stärker auf ihr Gebiet beschränken und sich prinzipiell nicht in politische Angelegenheiten mischen, benötigt sie nun den Vorwand der eventuellen Beteiligung an der Wahlkampagne, um ihre Vergewaltigungstaktik auf die Spitze zu treiben.

Das in Kraft getretene Dekret sieht vor, daß alle Vereinigungen und Körperschaften irgendwelcher Natur, die ihre finanziellen Mittel aus den Beiträgen der Arbeiter bestreiten und die Arbeiter wirtschaftlich oder moralisch unterstützen, der Ueberwachung seitens der politischen Provinzhörden unterstehen.

Diese Ueberwachung kann unter den verschiedenen Vorwänden eintreten, so z. B. wenn eine solche Körperschaft „im Verdacht steht, das öffentliche Vertrauen zu mißbrauchen“, „die Gelder zum Schaden der Mitglieder verwenden“ oder „zu anderen Zwecken als der wirtschaftlichen und moralischen Unterstützung.“ Liegen derartige Annahmen vor, dann kann die Präfektur eine Inspektion vornehmen, ja sie kann sogar eine solche Körperschaft zeitweilig bevormunden und die Leitung und Verwaltung einem eigenen Kommissar übertragen.

Ehe die Bevormundung durch einen solchen Kommissar aufhört, hat dieser der Präfektur einen genauen Bericht über die Lage der verwalteten Körperschaft einzureichen. Hieraus entscheidet die Präfektur darüber, ob die Bevormundung aufhören kann und die rechtmäßigen Beamten der Körperschaft ihre Arbeit wieder aufnehmen können.

Kaum ist das Dekret in Kraft getreten, so hat auch schon die Präfektur von Rom eine Untersuchung über die Tätigkeit und die Finanzlage des Verbandes der Landarbeiter angeordnet. In den Bureaus der Organisation hat sich ein Regierungskommissar eingefunden. Genossin Altobelli, die rührige Sekretärin der Organisation und Mitglied der Exekutive der Landarbeiter-Internationale, sowie Modigliani, der juristische Beirat, haben gegen das gesetzwidrige Vorgehen protestiert und die Bureaus geschlossen. Der Kommissar bemächtigte sich trotzdem der Schlüssel und hat mit der Aufnahme des Inventars begonnen. Nicht nur die sozialistischen Zeitungen, sondern auch nicht-sozialistische bürgerliche Blätter (Demokraten und Katholiken) sind über dieses Vorgehen empört.

Skandal des Goldes.

Der berühmte Nationalökonom Mahnard Keynes, der einen Vortrag gegen das System der Goldwährung führt, befahte sich jüngst in zwei ausschweifenden Vorträgen mit den Aussichten des Goldes, dem er keine erstrahlende Zukunft voraussagt. Heute befindet sich alles Gold bei den Vereinigten Staaten, dreimal soviel als im Weltischen Reich, wo das Gold bisher behelmatet war. Er vergleicht diesen Zustand mit der Ausplünderung der Tempelschätze (Bankreserven) Perus durch Alexander den Großen und mit der Ausplünderung Mexikos und Perus durch Spanien. Auf jede dieser Begebenheiten folgte ein katastrophaler Sturz des Wertes des heiligen Metalls. Das muß jetzt, meint Keynes, wieder eintreten. Vorläufig fräntzt sich Amerika gegen eine weitere Entwertung des Goldes und läßt alles Gold, was nur in London festgehalten wird (das neu erzeugte Gold wird wöchentlich in London verkauft), zu jedem gescheiterten Preis aufkaufen, um einen Preissturz des Goldes, der den Wert der riesigen amerikanischen Goldvorräte vermindern würde, zu verhindern. Das kommt aber Amerika recht teuer, und Keynes rechnet aus, daß es bei der Goldbeifahrt jährlich eine Milliarde Goldmark verliert. Wenn die Goldbeifahrt weiter andauert, so muß nach Keynes entweder eine Inflation mit Temierung entstehen (kann nämlich das überschüssige Gold in den Verkehr gebracht wird, was nur mit Verlust geschehen kann) oder aber Amerika muß seine Münzen für die Aufnahme weiteren Goldes

schließen, wodurch aber der Wert des Goldes ohne ein entsprechendes Sinken des Dollarwertes vermindert wird. So oder so werden die Amerikaner den Goldwert nicht einzig halten können. Keynes gibt ihnen den ironischen Ratsschlag, sie würden am besten handeln, wenn sie die Goldbergwerkstätten Südafrikas zusammenkaufen würden, um die Wägen hinzulegen, statt Jahr für Jahr ihre Ausbeute aufzukaufen. Die Vereinigten Staaten könnten alle Wägen in Afrika aufkaufen und sie sicher zumauern für das Doppelte der Summe, die sie jetzt in einem einzigen Jahre für den Kauf ihrer Ausbeute aufwenden, um sie dann im Keller zu begraben.

Eine Reichswohnungsfürsorge A.-G.

In der Erkenntnis, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft eine Entwicklung genommen haben, die auf eine starke Belastung der Gehalts- und Lohnempfänger hinausläuft, die Wohnungsnot nicht lindert und den Wohnungsneubau völlig zum Stillstand gebracht hat, wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund am 14. März eine Reichswohnungsfürsorge A.-G., genannt „Newoo“ gegründet, deren Aufgabe es sein soll, die wirtschaftlichen Interessen der gewerkschaftlichen Mitglieder auf dem Gebiete des Wohnungswezens zu vertreten. Die neue Aktiengesellschaft ist als eine wirtschaftliche Zentralstelle sämtlicher auf dem Boden des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden Bau- und Siedlungsvereine und Siedlungsvereine gedacht, die vorzugsweise die Wohnungsfürsorge der Beamten, Angestellten und Arbeiter betreiben.

Die „Newoo“ verfolgt satzungsgemäß „ausschließlich gemeinnützige Zwecke und hat zum Gegenstand die Förderung des Wohnungswezens durch Beschaffung gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf das ganze Reich.“

Am besonderen hat sich die „Newoo“ zur Aufgabe gestellt:

1. die Förderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungs- und Siedlungswezen,
2. die Vertretung der Interessen der Beamten, Angestellten und Arbeiter gegenüber den Organen des Reichs, der Länder und Gemeinden in allen Angelegenheiten des Wohnungs- und Siedlungswezens,
3. die Beschaffung und Erhaltung von Baugelände für Kleinwohnungsweze sowie dessen Verankerung und Vergebung zum Erbbaurecht,
4. die Beschaffung von Baukapital durch Vermittlung von Hypotheken und Pfandkrediten, die Ausgabe zentraler Anleihen, die Beschaffung von Bürgschaften und Verkaufszuschüssen, sowie die Organisation des Sparkapitals,
5. die Bearbeitung von Bau- und Siedlungsplänen sowie die Förderung der Normalisierung und Typisierung des Kleinwohnungsbaues,
6. die Vermittlung und Beschaffung von Baustoffen und Bauteilen aller Art, sowie die Beschaffung von Hausrat.

Die „Newoo“ wurde zunächst mit einem Stammkapital von 50 000 Goldmark gegründet. Die Geschäftsräume der „Newoo“ befinden sich in dem neu erbauten

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

Beitragsklasse	I		II		III		IV		V		VI	
	fl.	gr.	fl.	gr.	fl.	gr.	fl.	gr.	fl.	gr.	fl.	gr.
Deffau	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Deimold	5*	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Duisburg-Ruhrort	—	5	—	10	10	10	10	10	10	10	10	10
Schnöllen	—	5	5	5	10	10	10	10	10	10	10	10

* Die weiblichen Mitglieder unter 16 Jahren sind vom Lokalbeitrag befreit.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1923 gingen weiter bis zum 15. März 1924 bei der Verbandskasse ein von: Flensburg 2 053 591 000 M., Altona 100 000 T., Münster 13 M., Weisberg 81 003 000 M., Trier 4 163 656 033 T., Darmstadt 86 139 000 M., Nordhausen 6 201 000 T., Weiskens 20 035 M., Aine i. Erzgeb. 7 101 190 400 T., Grimmitzsch 29 355 783 M.

M. — Mark. T. — Tausend. M. — Millionen. Md. — Markden.

Die nach dem 31. Dezember 1923 eingezahlten Beiträge kommen erst im ersten Quartal 1924 zur Verrechnung.

Bundeshaufe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin E. 14, Julestr. 6.

Wir empfehlen allen Baugenossenschaften, Siedlungsvereine, Städten und Gemeinden und Gemeindevertretern, aber auch allen Siedlern und Bauhilfen an den Reihen unserer Kollegen, sich an die „Newoo“ zu wenden, wenn sie Rat und Hilfe in allen Fragen der Wohnungs- und Bauwirtschaft benötigen.

Kapitalismus und Jugendverderbnis.

Wenn es heute noch nach der Methode der alten Griechen ginge, die einen Sokrates der Verführung der Jugend angeklagt hatten, dann müßte heute jeder Kapitalist aus dem Scherzhaus des Trunken. Die Zahlen, die der Landesbauhauptmann Dr. Horion, der Vorsitzende des Landesbauvereins und Verfassendes der Rheinprovinz, jetzt bekanntgibt, zeigen nämlich, wie die Verderbnis der Jugend, über die die Staatsräter gern so abschällig urteilen, nichts als eine natürliche Erscheinung der kapitalistischen Ordnung ist. Da die Arbeitsnachweiskommission die Jugend nicht besonders erfährt, hat das Landesbauvereins- und Verfassendes der Rheinprovinz eine Erhebung über die gegenwärtige Arbeitsmarktlage der Jugendlichen durch die Berufsämter veranlaßt. Danach sind z. B. in Preuß von den 302 Opfern 1922 entlassenen Knaben, die ursprünglich zu 90 Proz. eine Arbeitsstelle hatten, heute 80 Proz. arbeitslos.

Was das besagt, zeigen uns die Gesamtzahlen, die Dr. Horion für die Rheinprovinz bekanntgibt: In rheinischen Großstädten sind zurzeit noch bis zu 70 Proz. der Opfern 1923 aus der Schule entlassenen Jugendlichen ohne Arbeitsstelle und ohne Arbeitsstelle. Demgemäß wurden in den Monaten April bis Juni 1923 in der Rheinprovinz der Fürsorgeerziehung 324 männliche und 181 weibliche — 505 schulentlassene Minderjährige und in den vier folgenden Monaten 359 und 297 = 656 Minderjährige überwiesen. Die zweite Hälfte des Jahres 1923 brachte gegenüber dem Vorjahre ungefähr die doppelte Zahl der Ueberweisungen in Fürsorgeerziehung.

Wer will bestreiten, daß dieses Verhältnis überall das gleiche ist? Und solche Verhältnisse gehören zum Wesen des Kapitalismus. Sie sind in der Planklosigkeit der kapitalistischen Produktion unabweislich. So gibt es immer wieder Perioden, in denen der Kapitalismus die Fürsorgeanstalten in ganz besonderem Maße füllt — und nachher die Gefängnisse. Darum ist für jeden Proletarier der geschlossene freigerwerbliche Kampf sittliche Pflicht.

Das Abonnement

auf unsere „Buchbinder-Zeitung“ wird ab 1. Mai erleichtert durch Ermäßigung der Bezugsgebühren auf 10 Pf. pro Monat. Dadurch sollen unsere Verwaltungen Gelegenheit haben, für ihre Mitglieder das Obligatorium ganz oder zum Teil wieder einzuführen. Postalische Bestimmungen verhindern die Ermäßigung schon ab 1. April. Trotzdem wird erwartet, daß unsere Verwaltungen schon ab 1. April die Bestellungen so erhöhen, daß dem Beschluß des Beirats entsprechen wird. Die Bestellung

hat sofort zu erfolgen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Abrechnungen vom III. und IV. Quartal 1923 haben noch nicht eingelangt die Zahlstellen: Kollbus, Wendham, Tüsch, Beer, Göttingen, Reheim, Gelnhausen, Kallershausen, Kirchheimbolanden, Mannheim-Ludwigshafen, Neuland a. Saarbr., Saarbrücken, Sera, Werfburg und Zell.

Vom IV. Quartal 1923 fehlen noch die Abrechnungen aus: Bernau, Damsig, Neuruppin, Stolp, Minden, Banfried, Röhreim-Hubert, Arenshausen, Gehren, Gotha, Odrersdorf, Schmalfelden, Reichenau und Juidau.

Die Bau- und Bezirksleiter werden dringend ersucht, auf die Verwaltungen der säumigen Zahlstellen ihres Bezirkes einzuwirken, damit diese die rückständigen Abrechnungen nun schnellstens einliefern.

Abreisänderungen.

B. — Bevollmächtigter. K. — Kassierer. Ehren i. Hdt. B. — J. Sarau, Adolphstr. 8. K. — B. Kempen, Grünstr. 106. Duisburg-Ruhrort. B. und K.: F. Büskens, Duisburg, Reudorfer Str. 54 I. Auszahlung von Unterzahlung Montag und Freitag 6—7½ Uhr. Alle Postsendungen sind an Büskens zu richten. Mannheim-Ludwigshafen. B.: Fr. Amann, Mannheim, K. 1, Nr. 11. K.: O. Stödel, Mannheim, Schwelinger Str. 128, Seitenb. V. Kollbus i. Weid. B.: G. Sengob, Petridamm 14. K.: B. Better, Al. Kadische II, Nr. 13 I.